

2008-07-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses am 12.06.2007

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:10 Uhr

Sitzungsort:

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Schnirch, Carina

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Grünthal, Martin

Ausländerbeauftragter

Schwierz, Andreas

Behindertenbeauftragter

Siebert, Erhard

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Beschluss der Tagesordnung

Die Ausschusssitzung wurde durch den amt. Vorsitzenden eröffnet.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

Zur vorliegenden Tagesordnung äußerte Herr Gebhardt seine Verwunderung darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der TOP 6 – Information zur Prioritätenliste ABM/AGH – aufgenommen wurde. Er stellte den Antrag, diesen TOP in den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung aufzunehmen.

Die Abstimmung zu diesem Antrag ergab: 6 Befürwortungen und 1 Enthaltung, damit wird diese Information der neue TOP 5 im öffentlichen Teil der Sitzung.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Zu Beginn der Ausschusssitzung wurde Frau Erxleben, stellv. Geschäftsführerin im Jobcenter SGB II Dessau, vorgestellt.

Herr Wolfram nutzte die letzte Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses in dieser Legislaturperiode, um allen Mitgliedern für ihre engagierte Arbeit zu danken. Ganz besonders dankte er im Namen der Verwaltung dem Sprecher des Gesundheits- und Sozialausschusses, Herrn Bier.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 10. April 2007

Die Niederschrift der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses am 10. April 2007 wurde ohne Änderungen bestätigt.

3. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Ausschusssitzung am 10. April 2007 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

4. Jahresbericht 2006 des Jobcenters SGB II Dessau

An die Mitglieder des Gesundheits- und Sozialausschusses wurde ein Material zur Jahresbilanz 2006 des Jobcenters SGB II Dessau ausgereicht.

Herr Krause, Geschäftsführer des Jobcenters SGB II Dessau, erläuterte zum vorliegenden Material u. a. nachfolgende Punkte:

- gesetzlicher Auftrag
- Marktsituation im Stadtgebiet Dessau
- Entwicklung der Arbeitslosenquote sowie der Arbeitslosenzahlen
- Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bereich der unter 25-Jährigen
- Struktur der Arbeitslosen im Jobcenter SGB II Dessau
- Gremien des Jobcenters SGB II Dessau
- Ziele für das Jahr 2006
- Haushaltsmittel im Eingliederungsbudget 2006

Herr Gebhardt fragte an wegen der Zuweisungsscheiben für das Jahr 2007.

Herr Krause:

Seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales besteht ein Haushaltssperrvermerk; es erfolgt keine Zuteilung in Scheiben analog 2006.

Die erste Zuteilung für 2007 fiel über 2 Mio. EUR geringer aus als geplant.

- Bewegung am Arbeitsmarkt in 2006, Zugänge in die Arbeitslosigkeit und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit im Jahr 2006
- spezielle Projekte
- im Jahr 2006 ausgesprochene Sanktionen
- Steigerung der Integrationsquote, insbesondere Steigerung der Integrationsquote im Bereich der unter 25-Jährigen
- Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- Übersicht zu durchschnittlichen monatlichen Leistungen je Bedarfsgemeinschaft
- Anzahl der Widersprüche und Klagen im Jahr 2006

Herr Dr. Plettner fragte zum Ausgang der Widersprüche.

Herr Krause: Cirka 20 bis 25 % der Widersprüche wurden stattgegeben.

- Ausgaben für Regelleistungen und Sozialgeld sowie Ausgaben für Leistungen für Unterkunft und einmalige Beihilfen.

Den Ausführungen von Herrn Krause schloss sich eine weitere Diskussion an:

Herr Bier:

Wie viele Leistungsbezieher wanderten ab in andere Länder? Wie viele wurden in den 1. Arbeitsmarkt integriert?

Herr Krause:

Die Abwanderung in andere Länder (Umzüge) kann derzeit nicht exakt angegeben werden. Die Integration in den 1. Arbeitsmarkt wurde dargelegt. Es gibt aber auch Beschäftigte auf dem 1. Arbeitsmarkt im Niedriglohnbereich bzw. Selbstständige zu Beginn der Selbstständigkeit, die ergänzende Leistungen beziehen.

Herr Dr. Plettner:

Es fehlt beim Zugang in die Arbeitslosigkeit die Angabe der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss.

Herr Wolfram:

Diese Zahl kann nach Abschluss des jetzigen Schuljahres für den neuen Ausschuss gegeben werden.

Herr Pietzsch:

Die Richtlinie über die KdU weist 1,05 € für Heizung aus; an seiner eigenen Abrechnung konnte er eine Erhöhung der Heizkosten von 18,5 % feststellen. Wie hoch sind die Kosten für die Heizung wirklich, das können doch nicht 1,05 €/m² sein?

Frau Paesold:

Die tatsächlich anerkannten Heizkosten pro m² betragen in der Stadt Dessau 1,28 €. Von diesem Betrag werden 18 % für die Warmwasseraufbereitung durch den Regelsatz gedeckt; die verbleibenden 1,05 € für die angemessenen Heizkosten werden über die RL KdU im Rahmen der Leistungsgewährung SGB II und SGB XII anerkannt.

Herr Wolfram:

Gespräch mit den Wohnungsunternehmen wurde geführt zu den Problemen mit der Richtlinie KdU, zu den Preissteigerungen. Ergebnis des Gespräches: Die Richtlinie wird im II. Halbjahr 2007 modifiziert/angepasst; im I. Quartal 2008 wird die Richtlinie in den politischen Gremien vorgestellt.

Das Problem in Dessau ist auch, dass wir den bedarfsgerechten Wohnraum am Markt derzeit nicht vorhalten.

Herr Gebhardt erkundigte sich betreffs der Nachhaltigkeit der speziellen Projekte.

Herr Krause:

Der individuelle Erfolg des Arbeitnehmers beim Projekt „Arbeitsfabrik light“ ist z. B. schon das Durchhalten dieser Maßnahme.

Bei „Tradition und Zukunft“ erhalten die Personen, die nicht in den 1. Arbeitsmarkt übernommen werden, wieder Arbeitslosengeld I. Ein weiterer Effekt ist die Berufsfrühorientierung junger Menschen. Ziel war es, das Projekt weiterzuführen in einem Verein. Derzeit ist die Anerkennung als Verein durch das Finanzamt erfolgt, die Förderung durch TGL wird bis zum Jahresende geklärt. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für 2008 müssen u. a. auch durch das Jobcenters SGB II geklärt werden. In das Projekt „Tradition und Zukunft“ wurden insgesamt 5 Mio. EUR investiert.

Zum Abschluss erwähnte Herr Krause noch, dass die Telefonie des Jobcenters SGB II Dessau ab 01.01.2008 direkt vor Ort in Dessau ansässig ist, der Vertrag mit Sangerhausen wurde gekündigt.

5. Information zur Prioritätenlisten ABM/AGH

Die Vorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Kirchner, Amtsleiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, und Frau Rothe, Sachbearbeiterin in diesem Amt, nahmen an der Beratung teil. Ebenso nahm Frau Zander, 1. Sachbearbeiterin Kommunale Arbeitsförderung im Sozialamt, an der Ausschusssitzung teil.

Die Maßnahmen wurden abgestimmt mit allen Trägern, mit den Fachämtern in der Verwaltung und dem Jobcenter SGB II Dessau.

Frau Kirchner erläuterte die einzelnen Listen:

- Liste 1 beinhaltet die bereits begonnenen Maßnahmen.
- In Liste 2 sind Maßnahmen aufgelistet nach Prioritäten der Stadt Dessau.
- Liste 3: Maßnahmen im öffentlichen Interesse, aber sogenannte Nachrücker.

Herr Krause:

Aus der Sicht des Jobcenters sind die Listen gesichert von der Finanzierung her. Liste 1 beinhaltet bereits laufende Maßnahmen.

Herr Busch:

Grundsätzlich sind die Listen ein guter Ansatz, aber er hat Probleme mit der Priorität der Maßnahmen. Welcher Ämter wurden an der Erstellung beteiligt? Er hat den Eindruck, dass die Zusammenarbeit zwischen Träger und Bearbeiter im Jobcenter besser ist. Er hat ebenfalls den Eindruck, dass die Kenntnis der Trägerlandschaft bei der Stadt noch nicht so vorhanden ist. Die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Stadt müsste aus seiner Sicht in Bezug auf ABM/AGH verbessert werden.

Die Förderung der Anleiter wird bei verschiedenen Trägern aus den Selbstkosten finanziert.

Frau Kirchner:

Die Liste 3 beinhaltet keine Wertung der Prioritäten. Träger sind ganz gut bekannt. Bewertet wurde nicht die Träger, sondern die Maßnahmeninhalte. Beteiligt an der Erarbeitung der Prioritätenlisten waren folgende Ämter: Tiefbauamt, Grünflächenamt, Grundstücksamt, Kulturamt, Sozialamt, Jugendamt, Schulverwaltungsamt, Amt für Wirtschaftsförderung und Büro Ortschaftsräte. Die Ämter wurden allumfassend über die Listen informiert.

Herr Krause:

Es gibt Träger, wie z. B. die Stadt, die den Anleiter nicht aus den Selbstkosten finanzieren dürfen. Für diese sind die entsprechenden Maßnahmen gedacht.

Herr Gebhardt:

In Zukunft müssen diese Prioritätenlisten besser gemeinsam erarbeitet werden. Wenn wir ein kommunales Beschäftigungsprogramm hätten, könnten wir die Prioritäten besser festlegen.

Herr Gebhardt äußerte seinen Unmut darüber, dass momentan noch nicht darüber entschieden ist, ob die Maßnahme Arbeitslosenberatungsstelle bei Wir mit Euch weitergeführt werden kann. Diese Beratungsstelle arbeitet wird seit Jahren gut und wird auch dringend weiter benötigt.

In den Listen sind Roßlauer Maßnahmen verzeichnet. Seit wann ist das Jobcenter SGB II Dessau tätig für Maßnahmen in Roßlau, ist das nicht die KommBA?

Herr Krause:

Zum Jahresende 2006 war noch nicht klar, was mit den Roßlauer Bürgern nach dem 01.07.2007 wird. Inzwischen wurde mit der KommBA Kontakt aufgenommen.

Frau Andrich:

Das Beschäftigungsprogramm wurde mit der Tätigkeit der ARGE aufgestellt und seitdem nicht weiterentwickelt. Für Prioritätenliste 3 müssen einige Prioritäten überdacht werden.

Herr Wolfram:

Das Beschäftigungsprogramm wird seitens des Jobcenters jährlich weiterentwickelt.

Frau Kirchner:

Wir mussten bei der Erstellung der Listen auch die Maßnahmen beachten, die kofinanziert werden.

Herr Dr. Plettner:

Gibt es eine Vorstellung zum Termin für die Antragsstellung für 2008?

Frau Kirchner:

Es wird ein erstes Abstimmungsgespräch am 27.06.2007 im Jobcenter zu Terminvorstellungen geben.

Herr Busch:

Inwiefern ist die IHK in die Befürwortung von ABM/AGH gesetzlich eingebunden? Bittet um schriftliche Beantwortung dieser Frage.

Herr Wolfram:

Die schriftliche Beantwortung dieser Frage erfolgt durch das Jobcenter.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Herr Wolfram informierte darüber, dass der Vorsitz der Einigungsstelle ab 01.07.2007 wieder wechselt, wahrscheinlich wird Frau Dr. Bratzke diese Funktion ausüben.

Frau Andrich fragte nach dem Verbleib der Vorlage ihrer Fraktion zum Beitritt der Stadt Dessau zur Vereinbarung von Barcelona.

Herr Wolfram:

Es gibt die Festlegung, dass diese Vorlage nicht nur im Gesundheits- und Sozialausschuss, sondern auch in anderen Ausschüssen in der neuen Legislaturperiode zu beraten ist.

Frau Schimkat berichtete zum Problem Wallstraße 21 darüber, dass es seitens der Ärzte und Patienten, seitens der der ansässigen Beratungsstellen großen Unmut gibt. Kann nicht konkret gesagt werden bis wann die Wallstraße 21 so bestehen bleibt?

Herr Wolfram:

Stadtrat wird in der nächsten Stadtratssitzung zur künftigen Nutzung von Liegenschaft befinden.

Herr Wolfram berichtete darüber, dass der seitens European Homecare eingelegte Widerspruch gegen die Vergabe der Asylbewerberunterkunft Schwarzer Weg an einen anderen Betreiber zurückgenommen wurde. Die Einrichtung wurde, so wie im Beschluss gefasst, zum 01.06.2007 an ITB Dresden übertragen.

Dessau-Roßlau, 22.07.08

amt. Dezernent Bernd Wolfram
Vorsitzender Gesundheits- und Sozialausschuss

Ingrid Drosdzoll
Schriftführer